

11 Anti-Terror-Maßnahmen und innerchinesische Bombenanschläge

Während im September in Gesamt-China in verschiedenen Landesteilen Anti-Terror-Übungen und -Maßnahmen vonstatten gingen, wurden bei einer Serie von drei separaten Bombenexplosionen am Wochenende des 20./21.9. mindestens sieben Menschen getötet und 31 verletzt.

In einem Hanyanger Einkaufszentrum in Wuhan, Provinz Hubei, wurden drei Menschen leicht verletzt, als am Sonntagabend ein Sprengsatz vor einem Restaurant explodierte. Im nahe gelegenen Yichang starben vier Menschen, als ein Attentäter einen Sprengsatz auf ein bereits in Brand stehendes Firmengebäude warf. 23 Menschen wurden verletzt, der Täter verübte kurz darauf Selbstmord. In der nördlichen Provinz Shaanxi wurden drei Menschen von einer Bombe getötet und fünf verletzt, die Unbekannte in Baoji aus einem Auto warfen. Eine Frau starb, als sie den Behälter, in der die Bombe deponiert war, aufheben wollte. Zwei Verdächtige wurden am 27. September verhaftet.

Anfang September explodierte eine Bombe in einem Hotel in Qiqihar, Provinz Heilongjiang, die zwei inzwischen festgenommene Verdächtige angeblich aus Rache dort deponiert hatten. Von insgesamt elf Bomben konnte die Polizei zehn entschärfen. Getötet wurde niemand.

Ob diese Anschläge tatsächlich als Terrorakte – wie in der ausländischen Presse berichtet – zu bezeichnen sind, ist fraglich; denn meist stehen hinter den Attentaten persönliche Motive wie Rache oder Konkurrenzausschaltung.

Über 2.000 Polizeibeamte nahmen am 23. September an der ersten Anti-Terror-Übung der Provinz Innere Mongolei teil, bei der Geiselnbefreiung, Bombenentschärfung und Verwendung von Chemiewaffen simuliert wurden. Auf dem Taoxian Airport in Shenyang fanden bereits am 28. August zum wiederholten Male ähnliche Anti-Terror-Übungen statt.

Erstmalig in der Geschichte Chinas wurden in den Provinzen Henan und Jiangsu am 26. September Anti-Ter-

ror-Maßnahmen durchgeführt, die Anschläge gegen die Wasserversorgung und -bestände betrafen. Die staatliche Umweltschutzbehörde simuliert einen Terroranschlag, bei dem der Yinhe-Fluss durch Natriumcyanid verseucht wurde, einer hoch giftigen Chemikalie. Durch die Zusammenarbeit verschiedener Behörden und Umweltschutzstellen wurde erprobt, wie mit einem derartigen Unfall umgegangen wird und wie die Folgen eingedämmt werden können. Diese Simulation macht deutlich, dass Terroranschläge auf Grundbedürfnisse sehr vieler Menschen ausgerichtet sein können. Sollte tatsächlich eine solche Umweltkatastrophe, z.B. durch eine Wasservergiftung oder -verseuchung, eintreten und nur eine der wichtigen Wasseradern Chinas getroffen sein, würden Millionen von Chinesen über lange Zeit an massivem Wassermangel leiden und vermutlich Tausende an Vergiftungen sterben.

Nichts grundlegend Neues wurde über die Anti-Terror-Übung berichtet, die ebenfalls am 26. September unter dem Code „Great Wall 2003“ in Beijing in einem Trainingslager der Militärpolizei stattfand, außer dass Staatspräsident Hu Jintao sowie weitere Mitglieder des Ständigen Ausschusses als Beobachter teilnahmen und Hu den Erfolg der Übung in einer Rede hervorhob. China habe mit dieser Übung bewiesen, dass es stets für den Weltfrieden eintrete und den internationalen Terrorismus verabscheue und bekämpfe. Da keine detaillierten Angaben gemacht wurden, ist fraglich, wie China z.B. auf einen größeren Bomben-Terroranschlag reagieren würde und ob es dazu überhaupt in angemessener Weise in der Lage wäre. (XNA, 6., 23., 26.9.03; Xinhua, 22., 26., 27.9.03, nach BBC PF, 23., 27., 28.9.03; RMRB online, 30.8.03, nach BBC PF, 2.9.03; Hong Kong AFP, 22.9.03) -cb-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

12 Gesetz über Privatschulen in Kraft getreten

Am 1. September, dem Beginn des neuen Schuljahres, ist das im Dezember 2002 verabschiedete Gesetz zur Förderung privater Bildung in Kraft getreten (vgl. die dt. Übersetzung u. Kommentar in C.a., 2003/6). In ihrer Ausgabe vom 1.9.2003 begrüßte die *Guangming-Zeitung* das neue Gesetz, weil es nach jahrelanger Unsicherheit den Privatschulensektor nunmehr verrechtlicht und verbindlich regelt. Zudem, so heißt es, hätten Eltern nun größere Wahlmöglichkeiten und könnten unter den vielen Arten von staatlichen und nichtstaatlichen Schulen für ihr Kind die passende Schule aussuchen. Privatschulen, die im Bildungsgesetz von 1995 ausdrücklich anerkannt werden, erleben in China seit den 1990er Jahren einen Aufschwung. Ihre Betreiber hatten bisher jedoch mit vielerlei Problemen zu kämpfen; strittige Vermögensverhältnisse, mangelnde Anerkennung und die Verweigerung einer gewissen Rendite machten ihnen das Leben schwer und hielten potenzielle Investoren ab, ins Bildungswesen zu investieren. Verbreitete Vorbehalte gegen Privatschulen versucht das Gesetz auszuräumen, indem es diese als Einrichtungen des öffentlichen Wohls und als Bestandteil des sozialistischen Bildungswesens bezeichnet. Es legt fest, dass sämtliches Vermögen der Schule, sei es das investierte Kapital, sei es vom Staat zur Verfügung gestellt, seien es Spenden oder sei es durch den Schulbetrieb erworben, der betr. Schule zusteht. Das Gesetz gesteht dem Träger einer Schule ausdrücklich zu, dass er eine „vernünftige Rendite“ erzielen, also Gewinn machen kann. Dieser Punkt war bei der Vorbereitung des Gesetzes besonders umstritten. Das Bildungsgesetz von 1995 verfügte noch, dass Schulen nicht zur Erzielung von Profit betrieben werden dürfen. Über die Höhe soll der Staatsrat entscheiden. Von Seiten des Bildungsministeriums verlautete, dass die Regierung wahrscheinlich eine

Obergrenze von zehn Prozent Gewinn als „vernünftige Rendite“ ansehen werde (XNA, 25.8.03). Das Zugeständnis der Gewinnerzielung soll verstärkt private Investoren im Bildungswesen anlocken.

In dem Artikel der *Guangming-Zeitung* wird den Privatschulen eine positive Entwicklung vorausgesagt. Der Anteil von fünf Prozent Schülern und Studenten, die dem Blatt zufolge im Jahre 2001 Privatschulen besuchten, werde sich stark ausweiten. Dennoch weist das Blatt darauf hin, dass es noch zahlreiche Probleme gebe und dass die Regulierung des Privatschulsektors erst am Anfang stehe. Deshalb komme es jetzt darauf an, möglichst rasch Durchführungsbestimmungen zu dem Gesetz zu erlassen, in denen Details geklärt werden. Hauptprobleme sind der Status sowie die Verwaltung und Kontrolle der Privatschulen. -st-

13 Staatsratbeschluss über die ländliche Bildungsarbeit

Am 19. September 2003 wurde in Beijing eine nationale Arbeitskonferenz über das Bildungswesen auf dem Lande eröffnet, die erste ihrer Art überhaupt. Dass die Regierung dem ländlichen Bildungswesen eine eigene Tagung widmete, zeigt, dass es auf diesem Gebiet gravierende Probleme gibt, die dringend gelöst werden müssen, wenn die Regierung ihr Versprechen eines bescheidenen Wohlstands für die gesamte Bevölkerung einlösen will. Die Regierung hat erkannt und propagiert mit allem Nachdruck, dass gute Bildung und Ausbildung die Voraussetzung für eine prosperierende Wirtschaft sind. Doch in den unterentwickelten ländlichen Gebieten speziell in Westchina weisen sowohl die allgemeine Schulbildung als auch die berufliche Bildung starke Defizite auf. Die Einführung der neunjährigen Schulpflicht und die Abschaffung des Analphabetentums, die beiden wichtigsten Aufgaben des Bildungswesens seit den 1980er Jahren, sind im Unterschied zu den chinesischen Kernprovinzen in den westchinesischen Randgebieten noch weit von ihrer Realisierung entfernt. Bildungsminister Zhou Ji zufolge haben 327 Kreise in Westchina die neunjährige

Schulpflicht noch nicht durchgesetzt, 60 Kreise haben noch nicht einmal die volle Grundschulbildung (sechs Jahre) eingeführt, und in 260 Kreisen gibt es zahllose Analphabeten unter der jungen und mittelalten Bevölkerung. Die Zahl der Schulabbrecher auf der Sekundarstufe I ist extrem hoch (hauptsächlich auf Grund von Bedürftigkeit der Bauernfamilien), die Qualität der Schulbildung schlecht und Berufs- und Erwachsenenbildung kaum vorhanden. Rückstände bei Lehrergehältern, baufällige Schulen, die die Sicherheit der Kinder gefährden, und überhöhte Schulgebühren sind an der Tagesordnung (XNA, 15.9.03).

Auf der Konferenz sprach u.a. Ministerpräsident Wen Jiabao zu den Teilnehmern. In einer sehr persönlichen Rede stellte er anhand von drei konkreten Beispielen die Bildungsmisere in unterentwickelten, armen Dörfern dar, wie er sie auf Inspektionsreisen in Shanxi, Gansu und Shaanxi 1993, 1995 bzw. 2002 wahrgenommen hatte. Zwar konnten Kader aus den drei Orten, die der Ministerpräsident anführte, unmittelbar nach Bekanntwerden der Rede versichern, dass sich die Zustände in der Zwischenzeit deutlich verbessert hätten (vgl. BBC PF, 22.9.03), dennoch scheinen Zustände wie die von Wen Jiabao geschilderten den Schulalltag in weiten Teilen der ländlichen Gebiete im Westen nach wie vor zu kennzeichnen. Dies soll sich nun ändern; auf der Konferenz wurde dem ländlichen Bildungswesen unbedingte Priorität zugesprochen. Unterstrichen wurde die Notwendigkeit, das Schulwesen auf dem Lande zu entwickeln, durch einen Beschluss des Staatsrats über die Stärkung des ländlichen Bildungswesens, den die *Volkszeitung* am 21. September zusammen mit einem Leitartikel zum Thema veröffentlichte.

In dem Leitartikel wird der Zusammenhang zwischen Bildung und Wohlergehen der ländlichen Bevölkerung erläutert. Die Landwirtschaft, die Dörfer und Bauernfragen seien drei wichtige Problembereiche, die unmittelbare Auswirkungen auf die Gesamtsituation der Reform und Öffnung sowie auf die Modernisierung des Landes hätten. Die Entwicklung des ländlichen Bildungswesens sei der Schlüssel zur Lösung der drei Probleme. Betroffen seien 800 Millionen Men-

schen auf dem Lande, wo diversifizierte Bildungsangebote geschaffen werden müssten, um überschüssige Arbeitskräfte auf andere Berufe vorzubereiten, die Industrialisierung und Urbanisierung voranzutreiben und eine ländliche geistige Kultur aufzubauen. Das ländliche Bildungswesen sei Teil der Anstrengungen, ein modernes nationales Bildungssystem und eine Lerngesellschaft aufzubauen. Das Ziel sei, allen, auch der ländlichen Jugend, gleiche Bildungschancen zu bieten.

Der Staatsratbeschluss über die Förderung der ländlichen Bildungsarbeit (vgl. Abdruck des gesamten Beschlusses in RMRB, 21.9.03) umfasst acht Abschnitte und 34 Punkte. Im Folgenden sind die Überschriften zu den acht Abschnitten (in Kursivschrift) und Zusammenfassungen der jeweiligen Unterpunkte wiedergegeben.

1. Es muss Klarheit über die Bedeutung der Dorferziehung für den Aufbau einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand herrschen, und die Dorferziehung muss als wichtigstes Element der Bildungsarbeit betrachtet werden.

Die Verbesserung des ländlichen Bildungswesens liegt im Interesse der 800 Millionen umfassenden ländlichen Bevölkerung. Dadurch kann die Qualität der Arbeitskräfte angehoben, die traditionelle Landwirtschaft in eine moderne Landwirtschaft verwandelt und die drei Problembereiche Landwirtschaft, Dörfer und Bauern von Grund auf gelöst werden. Ferner können auf diesem Wege die überschüssigen ländlichen Arbeitskräfte anderweitig untergebracht und die Industrialisierung und Urbanisierung gefördert werden; der Bevölkerungsdruck kann durch die bessere Qualifizierung der bäuerlichen Bevölkerung zum Vorteil gereichen. Der Aufbau einer geistigen Kultur auf dem Lande wird gestärkt und das moralische Niveau der ländlichen Bevölkerung angehoben. Das Ziel des bescheidenen Wohlstands für alle kann nur erreicht werden, wenn das Verantwortungs- und Dringlichkeitsgefühl gestärkt und das ländliche Bildungswesen als wichtigstes Element der Bildungsarbeit betrachtet wird.

2. Die beiden grundlegenden Bildungsziele (d.h. die Einführung der neunjährigen Schulpflicht und die Abschaffung des Analphabetentums unter jün-

geren Menschen) müssen rasch realisiert werden; die Erfolge und die Qualität der Pflichtbildung müssen konsolidiert, angehoben und ausgeweitet werden.

Das Ziel ist es, innerhalb von fünf Jahren beide Aufgaben zu erfüllen. Gegenwärtig haben 372 Kreise in den Westgebieten die beiden Ziele noch nicht erreicht. Bis zum Jahre 2007 soll die neunjährige Schulpflicht für 85% der Bevölkerung eingeführt und die Analphabetenrate unter jüngeren und mittelalten Menschen auf unter 5% gedrückt sein. Beide Ziele werden als entscheidend für den Erfolg der Armutsbekämpfung und die Stabilität der Region angesehen. Der Bau von Schulen, die Ausweitung des Übergangs zur Sekundarstufe I, die Verbesserung der Qualität der Lehrer, die Einrichtung von modernem Fernunterricht sowie die Unterstützung bedürftiger Kinder werden als die wichtigsten Aufgaben betrachtet. Die Zentrale sichert zu, finanzielle Mittel für die Pflichtbildung in Armutsgebieten bereitzustellen. Die ländlichen Gebiete im Westen und in Mittelchina, die die beiden Ziele bereits erreicht haben, müssen sich um die Konsolidierung der Ergebnisse und die Anhebung der Qualität bemühen. Auch müssen Anstrengungen unternommen werden, die Schulabbruchrate auf der Sekundarstufe I zu reduzieren. Das angestrebte Ziel muss sein, bis zum Jahre 2010 die neunjährige Schulpflicht im ganzen Land eingeführt und die Qualität der Pflichtbildung verbessert zu haben.

In den nächsten fünf Jahren soll mit Unterstützung der Zentralregierung in Mittel- und Westchina der Besuch der Sekundarstufe II gefördert werden, und zwar sowohl der allgemein- als auch der berufsbildenden Mittelschuloberstufe.

Das Partnerschaftssystem im Schulwesen soll ausgebaut und verbessert werden. Dies bedeutet, dass Schulen in den entwickelten Ostprovinzen Schulen in den unterentwickelten Westgebieten und Schulen in Großstädten Schulen in Armutsgebieten ihrer eigenen Provinz unterstützen, indem sie Partnerschaften übernehmen. In den chinesischen Kerngebieten sollen verstärkt Mittelschulklassen für Schüler

aus Tibet und Xinjiang eingerichtet werden.

3. An der Richtung, dass das Bildungswesen den drei Problembereichen auf dem Lande (d.h. der Landwirtschaft, den Dörfern und den Bauern) zu dienen hat, ist festzuhalten; vorrangig ist die Berufs- und Erwachsenenbildung auszubauen und die Reform des ländlichen Bildungswesens zu vertiefen.

Mit der Ausrichtung auf die drei ländlichen Problembereiche ist gemeint, dass das Schulwesen den praktischen Gegebenheiten auf dem Lande Rechnung trägt, dass Elementarbildung, Berufs- und Erwachsenenbildung einheitlich und umfassend geplant werden. Dies erfordert eine Lehrplan- und Schulbuchreform. Um die Schüler auf Berufe im sekundären und tertiären Sektor vorzubereiten, soll die berufliche Bildung auf Sekundarschuleebene ausgebaut werden. Dabei sollen vielfältige Schulformen, z.B. Halb-Arbeit-Halb-Studium-Schulen, zur Anwendung kommen. Um die landwirtschaftlichen Erträge und die bäuerlichen Einkommen zu steigern, soll mehr Wert auf Erwachsenenbildung gelegt werden. Die ländliche Bevölkerung soll mit den Methoden einer modernen, technisierten und agrarwissenschaftlich begründeten Landwirtschaft vertraut gemacht und darüber hinaus der Teil, der nicht in der Landwirtschaft unterkommt, für andere Beschäftigungen qualifiziert werden. Pro Jahr sollen mindestens 100 Millionen Bauern eine technische Ausbildung erhalten und über 20 Millionen ländliche Arbeitskräfte für nichtlandwirtschaftliche Tätigkeiten qualifiziert werden. Berufsschulen und Weiterbildungsinstitutionen sollen verstärkt Schüler vom Lande aufnehmen; zudem soll sichergestellt sein, dass Kinder von Wanderarbeitern in den Städten die Pflichtschule besuchen können.

4. In Bezug auf die ländliche Schulverwaltung im Pflichtschulbereich muss der Landkreis die Hauptrolle spielen; außerdem muss mehr ins ländliche Bildungswesen investiert und der Mechanismus für die Sicherstellung der finanziellen Mittel verbessert werden.

Die wichtigste Aufgabe besteht darin, dass die Regierungen aller Ebenen mehr ins Bildungswesen investieren und die Bildungshaushalte nach-

haltig konsolidiert werden. Nach dem Motto „unter der Führung des Staatsrats liegt die Verantwortung bei den örtlichen Regierungen und die Verwaltung bei den Regierungen der verschiedenen Ebenen, wobei der Kreis die Hauptrolle spielt“ zeichnet der Kreis für die gesamte Entwicklung des Schulwesens in seinem Gebiet, für die Bereitstellung und Verwendung der Mittel sowie die personalpolitische Gesamtplanung in Bezug auf Schulleiter und Lehrer verantwortlich. Die jeweilige Provinzregierung hat für eine gleichmäßige Finanzkraft der Kreise in ihrem Gebiet zu sorgen und ggf. arme Kreise zu unterstützen. Die Gehälter der Lehrer müssen rechtzeitig ausgezahlt werden, wobei die Provinzregierung die Verantwortung trägt. Baufällige Schulgebäude sind zu reparieren und Schulen zu bauen. Arme Kreise erhalten dafür Mittel von der Provinz oder der Zentrale.

5. Es muss ein solides System der finanziellen Hilfe für den Schulbesuch von Schülern aus bedürftigen Familien aufgebaut werden; das Recht der Kinder und Jugendlichen im entsprechenden Alter auf die Pflichtbildung muss garantiert sein.

Damit Kinder aus bedürftigen bäuerlichen Familien die Pflichtschule besuchen können, ist es dringend erforderlich, dass sie finanzielle Unterstützung erhalten. Bis zum Jahre 2007 sollen solche Kinder in den Genuss von „zwei Befreiungen und einer Unterstützung“ (Gebühren- und Lernmittelfreiheit, Unterstützung bei Internatskosten – beides im Pflichtschulbereich) kommen, damit kein Kind aus wirtschaftlichen Gründen die Schule vorzeitig abbrechen muss. Zu diesem Zweck sollen die Regierungen aller Ebenen Spezialfonds anlegen. Auch private Initiativen zur Finanzierung des Schulbesuchs bedürftiger Landkinder sind willkommen.

6. Die Reform des Personalwesens in den Grund- und Mittelschulen auf dem Lande muss beschleunigt werden; es müssen große Anstrengungen zur Verbesserung der Qualität der Lehrer unternommen werden.

Die Kontrolle über die Stellenpläne der ländlichen Grund- und Mittelschulen muss verstärkt werden. Jedes Jahr sind Berichte über den Stellenplan anzufertigen und dieser nach den staat-

lichen Vorgaben anzugleichen. Alle Lehrer müssen die erforderliche Qualifikation besitzen, sonst dürfen sie nicht eingestellt werden. Städtische Lehrer sollen ermutigt werden, für begrenzte Zeit Dienst auf dem Land zu tun. Zwischen Stadt und Land innerhalb eines Bezirks oder Kreises soll es einen regulären Austausch von Lehrern geben. Desgleichen sollen Lehrer aus dem Osten in den Westen gehen und Lehrer aus dem Westen zur Fortbildung in den Osten. Staatlicherseits wird der Plan durchgeführt, Hochschulabsolventen auf freiwilliger Basis auf dem Lande zur Unterstützung einzusetzen. Zur Anhebung der Qualität der Dorflehrer werden Fortbildungsprogramme eingerichtet.

7. Es sollen moderne Fernlernprojekte für Grund- und Mittelschulen auf dem Lande eingerichtet werden; die gemeinsame Nutzung guter Bildungsressourcen durch Stadt und Land soll gefördert werden; Qualität und Ergebnis der ländlichen Erziehung sollen verbessert werden.

Vorgesehen ist, dass innerhalb von fünf Jahren die unteren Mittelschulen über Computerräume verfügen und die Grundschulen mit Satellitenfernsehen zum Empfang von Erziehungsprogrammen ausgestattet sind. Für das Projekt ist die örtliche Ebene zuständig, im Westen unterstützt die Zentrale das Projekt. Auch die Lehrerfortbildung soll durch moderne Einrichtungen des Fernstudiums gefördert werden.

8. Die Leitung muss verstärkt und alle gesellschaftlichen Kräfte müssen mobilisiert werden, damit sie die ländliche Bildungsarbeit unterstützen.

Die örtlichen Regierungen sind gehalten, ein Verantwortlichkeitssystem für die Leitung der ländlichen Bildungsarbeit aufzubauen. Sie müssen vor allem für die Bereitstellung der laufenden Kosten für das Bildungswesen sorgen. Alle gesellschaftlichen Kräfte, also auch nichtstaatliche Organisationen und Privatleute, sollen mobilisiert werden, sich für das ländliche Bildungswesen zu engagieren.

Der Beschluss zum ländlichen Bildungswesen war ein notwendiger und überfälliger Schritt. Er beinhaltet im Wesentlichen, dass dem ländlichen Bildungswesen erstmals höchste Prio-

rität in der gesamten Bildungsarbeit zugesprochen wird. Dieser Prioritätensetzung liegt die Überzeugung zugrunde, dass eine Gesellschaft nicht ohne Bildung zu Wohlstand gelangen kann. Bisher lagen die Prioritäten der Bildungsreform auf der Hochschulreform und der Ausbildung qualifizierter Fachkräfte sowie der Realisierung der beiden grundlegenden Bildungsziele in den chinesischen Kernprovinzen. Diese Ziele ließen sich am schnellsten in den entwickelten Ostgebieten des Landes und in den Städten verwirklichen, weil diese bereits über eine entsprechende Infrastruktur verfügten, während die ländlichen Gebiete in der Mitte und im Westen weitgehend vernachlässigt wurden. Insofern besteht für diese großer Nachholbedarf. Die Zentralregierung hat den Ernst der Situation auf dem Lande erfasst. Ob dies allerdings auf der Dorfebene in gleicher Weise der Fall ist, bleibt zumindest fraglich. -st-

14 Hochschulen: Privileg, Studenten selbst auszuwählen

Seit diesem Jahr dürfen sich ausgewählte Universitäten Studenten selbst auswählen. Bekanntlich werden die Studenten nach der nationalen Hochschulaufnahmeprüfung zentral auf die Hochschulen verteilt, wobei die Studenten Wünsche für drei bevorzugte Hochschulen angeben können. Seit längerer Zeit klagen die Hochschulen darüber, dass sie trotz zunehmender Autonomie, die ihnen die Zentralregierung im Rahmen der Hochschulreform zugestanden hat, immer noch nicht autorisiert sind, sich ihre Studenten selbst auszuwählen. Auf Antrag von Seiten der Hochschulen hat das Bildungsministerium in diesem Jahr insgesamt 22 Universitäten im ganzen Land das Privileg zugestanden, sich einen Teil der neu aufzunehmenden Studenten selbst auswählen zu können. Im Allgemeinen soll der Anteil der selbst ausgewählten Studenten nicht höher als 5% liegen. Dieser Richtwert wird aber normalerweise nicht ausgeschöpft. An der Universität Beijing beispielsweise legte der Aufnahmeanusschuss diesen Sommer fest, dass man bis zu 50 Kandidaten selbst auswählen wolle; tatsächlich waren es dann nur 45 Studenten.

Der Vorteil für die Hochschulen liegt darin, dass sie sich besonders begabte Kandidaten sichern können, die bei der zentralen Studienplatzvergabe u.U. an einer anderen Universität gelandet wären. Die umworbene Begabungen können sich auf eine bestimmte Disziplin, aber auch z.B. auf Sport oder Kunst erstrecken. Für die angehenden Studenten bringt die neue Regelung die Möglichkeit, sich die für ihr bevorzugtes Fach beste Universität auszusuchen. Das Bildungsministerium betrachtet die Maßnahme als Erweiterung der Hochschulautonomie und als Diversifizierung der Prüfungsbewertung und des Hochschulzugangs; es besteht allerdings darauf, dass der Regelzugang zur Hochschule über die einheitlichen nationalen Aufnahmeprüfungen erfolgt.

Das Verfahren für die Auswahl der Studenten sieht folgendermaßen aus: Ein Schüler kann sich direkt bei einer Universität bewerben oder wird von seiner Mittelschule empfohlen. Die Universität nimmt eine eigene Begutachtung vor und trifft eine Vorauswahl. Der Kandidat muss in jedem Falle die nationale Aufnahmeprüfung absolvieren und muss mindestens die gleiche Punktzahl erreichen wie die anderen erfolgreichen Bewerber. In der Praxis liegt die Punktzahl bei der überwiegenden Mehrheit der für Selbstauswahl vorgesehenen Kandidaten höher als bei den übrigen Bewerbern. Es kann aber auch sein, dass ein Kandidat eine herausragende einseitige Begabung hat und eine niedrigere Punktzahl erreicht. In der Regel werden diese Kandidaten trotzdem genommen.

Bei den 22 Universitäten, die das Privileg erhalten haben, sich ihre Studenten teilweise selbst auszusuchen, handelt es sich durchweg um die besten Universitäten des Landes. Zu ihnen zählen u.a. die Universität Beijing, die Qinghua-Universität, die Fudan-Universität, die Shanghaier Jiaotong-Universität, die Tongji-Universität, die Ostchinesische Pädagogische Universität, die Ostchinesische Universität für Naturwissenschaften und Ingenieurwesen, die Nanjinger Universität für Naturwissenschaften und Ingenieurwesen und die Zhejiang-Universität. (Vgl. GMRB, 11.9.03, B 2) -st-

15 Beida verkürzt Postgraduiertenstudium

An der Universität Beijing (Beida) wird ab dem Jahr 2004 das Postgraduiertenstudium für Magistranden und Doktoranden verkürzt. Das Magisterstudium wird von drei auf zwei Jahre, das Doktorandenstudium von drei bis sechs auf vier Jahre begrenzt. Wie es von Seiten der Postgraduiertenschule der Beida heißt, kann das Magisterstudium durchaus in zwei Jahren geschafft werden. Magisterstudenten könnten alle erforderlichen Kurse in eineinhalb Jahren absolvieren und in einem halben Jahr ihre Magisterarbeit schreiben. Das eingesparte Jahr könne sinnvollerweise für die Arbeitssuche verwendet werden, die gewöhnlich ein Jahr dauere. Für das Doktorandenstudium wird angeführt, dass drei Jahre nicht ausreichen. Ein großer Teil der Doktoranden studiere ohnehin länger. Die Begrenzung auf vier Jahre sei nicht unbedingt streng einzuhalten, vielmehr könne die Dauer eines Doktorandenstudiums durchaus flexibel gehalten werden. Es ist anzunehmen, dass andere Universitäten dem Schritt folgen werden, denn die Beida hat sich schon immer durch ihre Vorreiterfunktion ausgezeichnet. (Vgl. dazu GMRB, 5.9.03, A 2) -st-

16 Neue Initiative zur Stärkung der Bürgermoral

Der ZK-Ausschuss für die Leitung des Aufbaus einer geistigen Zivilisation brachte am 18. September 2003 ein Dokument zur öffentlichen Moral heraus. Es trägt den Titel „Meinungsäußerung des ZK-Ausschusses für die Leitung des Aufbaus einer geistigen Zivilisation zu Vertiefung und Festhalten am Geist des XVI. Parteitages und zur weiteren Stärkung des Aufbaus der Bürgermoral“ (vgl. Wortlaut in RMRB, GMRB, 19.9.03). Mit dieser Meinungsäußerung erinnerte die Partei an das „Programm für die Durchführung des Aufbaus einer Bürgermoral“, das das ZK am 20. September 2001 erlassen hatte. In dem Dokument wird der 20. September zum Propagandatag für Bürgermoral (*gongmin daode xuanchuanri*) erklärt. Mit dem Programm von 2001 wollte die Partei angesichts des Verfalls der öffentlichen Moral für die Bevölkerung

moralische Standards setzen, die zum einen den veränderten Gegebenheiten einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ und eines neuen Rechtssystems Rechnung tragen und sich zum anderen an den traditionellen Tugenden orientieren. Dieser Moralkodex wird seitdem öffentlich propagiert, hauptsächlich in der aus zwanzig Schriftzeichen bestehenden Kurzform, die in fünf Sätze zu jeweils vier Schriftzeichen gefasst ist:

„Liebe das Vaterland, halte die Gesetze ein.

Sei höflich, ehrlich und glaubwürdig.

Sei solidarisch und freundschaftlich.

Sei fleißig und genügsam, strebe voran.

Respektiere die Arbeit und bringe Opfer.“

Diese moralischen Normen, so heißt es, hätten die Behörden aller Ebenen in den beiden vergangenen Jahren immer wieder auf vielfältige Weise und bei verschiedenen Aktivitäten propagiert, was dem Aufbau der Bürgermoral unter den neuen Bedingungen Auftrieb gegeben habe. In diesem Zusammenhang wird in einem Leitartikel der *Volkszeitung* insbesondere der Kampf gegen SARS erwähnt, der das Volk habe solidarisch zusammenstehen lassen; man habe sich gegenseitig geholfen, und es seien ein gutes Denken und gute Moral zu Tage getreten. Zugleich aber wird eingeräumt, dass es in Bezug auf die öffentliche Moral immer noch große Probleme gebe. In einigen Gegenden habe man den moralischen Aufbau vernachlässigt, die Grenzen zwischen richtig und falsch, gut und böse, schön und hässlich seien verwischt, „feudalistischer Aberglaube“ lebe wieder auf, Pornographie, Glücksspiel und Drogen seien weit verbreitet. Auf vielen Gebieten sei die Moral verloren gegangen, es fehle an Glaubwürdigkeit, man suche nur seinen eigenen Vorteil, täusche und betrüge andere. Bei vielen Menschen seien die Auffassungen von Patriotismus, Kollektivismus und Sozialismus schwach entwickelt. Bei einigen Kadern seien die Ideale und die Glaubwürdigkeit erschüttert, sie seien korrupt, missachteten die Gesetze und die Disziplin und schaden damit der Partei. Diese negativen Erscheinungen, so heißt es weiter, passten nicht zu den sich rasch entwickelnden sozioökonomischen Bedingungen,

zu Chinas internationaler Position, die ständig wachse, und den Erfordernissen, die an den Aufbau einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand gestellt würden. Es gelte daher, die Anstrengungen in Bezug auf den Aufbau einer Bürgermoral zu intensivieren.

Diesem Ziel dient die Meinungsäußerung, in der in sechs Abschnitten die folgenden Forderungen aufgestellt werden:

1. Mit Nachdruck muss nationaler Geist entfaltet und herangebildet werden, und der Aufbau der Bürgermoral muss aktiv vorangetrieben werden.
2. Ausgehend von den die Gesellschaft berührenden Problemen, müssen überall Aktivitäten zur praktischen Einübung der Moral durchgeführt werden.
3. Mit vielfältigen Methoden und auf verschiedenen Wegen müssen Moralerziehung und -propaganda zu einer regulären Angelegenheit auf Massenebene werden.
4. Die beruflichen Verhaltensnormen in allen Branchen und Berufen müssen verbessert werden, der Aufbau der Moral muss die tägliche Arbeit, das Studium und das Leben aller Menschen durchdringen.
5. Ein Mechanismus zum Ansporn und zur Kontrolle muss geschaffen und verbessert werden, damit sich die Menschen eines guten Benehmens und guter Gewohnheiten befleißigen.
6. Die Führung über den Aufbau der Bürgermoral muss verstärkt werden, und es muss sichergestellt werden, dass die Arbeit durchgeführt wird.

Bemerkenswert ist, dass es in der Meinungsäußerung des ZK-Ausschusses nicht in erster Linie um eine sozialistische Moral geht, sondern um eine Bürgermoral, nicht um die moralischen Standards des neuen sozialistischen Menschen, sondern der Bürger. Damit trägt die Partei den gesellschaftlichen Bedingungen der Reformperiode Rechnung. Sie sieht im moralischen Verfall zweierlei Bedrohung. Erstens befürchtet sie die Gefahr, dass China international an Ansehen verlieren könnte. In China lebende Aus-

länder klagen über verbreitete Unhöflichkeit vieler Chinesen, und Chinesen, die aus dem Ausland in die Heimat zurückkehren, sind teilweise schockiert über das schlechte Benehmen. Die Erziehung zu zivilisierten Umgangsformen ist daher für die Partei ein ernstes Anliegen. Zweitens befürchtet die Partei eine Beschädigung ihres eigenen Ansehens und damit einen Legitimitätsverlust. Denn vielfach sind es die eigenen Kader, die korrupt und nur auf den eigenen Vorteil bedacht sind. Insofern liegt (und lag schon immer) die Moralerziehung der Parteikader im ureigensten Interesse der Partei. (Vgl. dazu RMRB, GMRB, 19.9.03; RMRB, 20.9.03; XNA, 19. u. 20.9.03.) -st-

17 Versicherung für „Autofahren unter Alkoholeinfluss“

Kontroverse Diskussionen unter chinesischen Versicherungsgesellschaften und in der Öffentlichkeit hat eine neue Versicherungspolice der Tian'an Insurance Company (Nanjing) ausgelöst, die vor einiger Zeit dem Markt vorgestellt wurde. Die Versicherungsaufsichtskommission (China Insurance Regulatory Commission – CIRC) hat diese Versicherung nun befürwortet. Die Versicherung für „Autofahren unter Alkoholeinfluss“ (*jiuhou jiachezian*) gewährt dem Versicherungsnehmer Schutz, wenn dieser betrunken Auto fährt und dabei Dritten einen Schaden zufügt. Die Versicherung übernimmt eine Schadenssumme bis zu einer Höhe von 250.000 RMB Yuan (ca. 30.120 US\$).

Die Meinungen reichen von Verständnis für diese Art von Versicherung, da etwa im Alltag Alkoholenuss zum guten Ton bei Geschäftsessen gehöre, über Missbilligung und Enttäuschung, da nun maßlos getrunken und (gefährdender) Auto gefahren werden dürfe und könne, bis hin zur Feststellung, dass sich diese Versicherung nur der Realität stelle und Geschädigten nütze sowie ihre Interessen vertrete. Außerdem sei keine Erhöhung der Unfälle zu erwarten, die in Zusammenhang mit Alkohol am Steuer stehen, da der „betrunkene“ Fahrer nicht für seine eigenen Schäden oder Verluste entschädigt werde. Ferner werde der schädli-

gende Fahrer auch nicht von den üblichen Verwaltungsstrafen entbunden.

Die *Fazhi Ribao* vom 21.8.03 widmet dieser Problematik einen fast ganzseitigen Artikel und diskutiert die Versicherung zwischen „Moral“ und „Gesetz“ sowie zwischen Gewinnstreben der Versicherungsgesellschaft und (unmöglicher) Vereinbarkeit mit dem Strafgesetz.

Ob sich diese Versicherungsart auf dem Markt etablieren wird und andere Versicherungsunternehmen nachziehen werden, bleibt abzuwarten. Nach westlichem Verständnis könnte sie sogar gegen die guten Sitten verstoßen und müsste hier vom Markt genommen werden.

Offiziellen Angaben zufolge gab es in China im Jahr 2002 insgesamt 1,073 Mio. Verkehrsunfälle unterschiedlichster Art mit 139.400 Toten (vgl. Deutschland i.J. 2002: 2,289 Mio. Verkehrsunfälle mit 6.842 Toten und 476.413 Verletzten, also gut doppelt so viele Verkehrsunfälle wie in China, zugleich deutlich weniger tödliche. Siehe dazu Statistisches Bundesamt Deutschland unter <http://www.destatis.de/basis/d/verk/verktab8.htm>, Zugriff am 6.10.03). (XNA, 21., 25.8., 5.9.03; FZRB, 21.8.03) -cb-

Außenwirtschaft

18 US-Industrieverband wirft China „unfaire Handelspraktiken“ vor

Die Vorwürfe US-amerikanischer Interessengruppen gegen Chinas „unfaire Handelspraktiken“ spitzten sich in den letzten Wochen weiter zu und mündeten in eine Klage des Industrieverbandes NAM (National Association of Manufacturers) bei den zuständigen US-Behörden. Ziel ist die Einleitung eines Verfahrens auf der Grundlage von Artikel 301 des US-Handelsgesetzes. (NZZ, 19.9.03) Diesem Gesetz aus dem Jahre 1974 zufolge können die USA Handelssanktionen gegen Länder verhängen, die US-Exporte behindern. Sollte die NAM-Klage erfolgreich sein, könnten Zölle gegen

über chinesischen Importen in Höhe von 27,5% erhoben werden. Dabei bezieht sich die amerikanische Seite auf den Artikel XXI der GATT-Vereinbarung von 1994, der aus US-Sicht „... allows a member of the World Trade Organisation to take any action which it considers necessary for the protection of its essential security interests. Protecting the United States manufacturing sector is essential to the interests of the United States.“ („Three Proposals Target China's Unfair Trade Practices“, William R. Hawkins, Senior Fellow for National Security Studies at the U.S. Business and Industry Council, in: http://www.tradealert.org/view_art.asp?Prod_ID=894, Zugriff am 13.10.03).

In „Nam's Pro-Manufacturing Agenda for 2003“ weist der Industrieverband darauf hin, dass neben geopolitischen Unsicherheiten und dem weltweiten Rückgang des Wachstums verschiedene sonstige Probleme existierten, die die Erholung der verarbeitenden Industrie in den USA behinderten. Würden diese von der US-Regierung richtig in Angriff genommen, dann könnte dadurch die Industrie belebt und ein robustes und dauerhaftes Wachstum sowie eine Ausweitung der Beschäftigung erreicht werden. Die NAM klagt in diesem Zusammenhang über unfaire Handelspraktiken, die Beschränkung von US-Exporten und die Manipulation des Wechselkurses, der nach Einschätzung von der NAM in China in einem Umfang von 40% unterbewertet ist: „American manufacturing is at a distinct disadvantage in global competition due to unfair trade practices, export constraints and artificially distorted currency values, such as in China where the currency is undervalued as much as 40 percent.“ Die NAM fordert deshalb von der US-Regierung, auf die Öffnung der Märkte zu drängen und China zu verpflichten, den Wechselkurs marktgerecht zu gestalten: „... Given the rising importance of China in world trade, the Bush Administration should seek a particular commitment from China to the market valuation of its currency.“ (<http://www.portagecentral.com/madeinportage/nammfgagenda.htm>, Zugriff am 13.10.03)

Nach Angaben des NAM-Präsidenten Jerry Jasinowski beabsichtigt der Industrieverband zusammen mit der